



DENIZ DIREKT

In dieser Woche hat der niedersächsische **Landtag in Hannover** wieder getagt. Nach wie vor finden die Sitzungen des Landtages und seiner Ausschüsse ohne die Anwesenheit von Zuschauern und mit großem Abstand zwischen den Abgeordneten statt. Langsam gewöhnen auch wir uns an diese etwas merkwürdige Situation, sodass die politische und zumeist konstruktiv geführte Debatte nicht zu kurz kommt.

Wie in jeder Plenarwoche starteten wir am Montag mit einer Fraktionssitzung. Die **Hälfte der Legislaturperiode** ist nun vorbei und es ist an der Zeit eine Halbzeitbilanz der rot/schwarzen Koalition zu ziehen. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Corona-Krise ist der Fokus auf andere politische Themen gar nicht so einfach, dennoch haben wir das Land und auch unsere Stadt in wichtigen Punkten vorangebracht: Insbesondere die Kernversprechen der SPD aus dem Wahlkampf 2017 haben wir mit der Abschaffung der Kindergartengebühren, der Förderung von Präventionsangeboten gegen Rechtsextremismus oder der Einstellung von mehr Polizistinnen und Polizisten umgesetzt. Und auch vor Ort haben wir aus der Landespolitik konkrete Verbesserungen erzielen können: Vor allem

die große **Fördersumme des Landes für den Neubau des Klinikums an der Wildeshäuser Straße** ist hierbei zu nennen. Aber auch die vielen Mittelzuwendungen für diverse städtebauliche Maßnahmen, die Erneuerung von Haltestellen, neue Busse oder für unsere Museen und vieles mehr sind nicht weniger relevant und erfordern jedes Mal viele politische Hintergrundgespräche. Ich freue mich über jeden Euro den ich als „Lobbyist“ für Delmenhorst in die Stadt bringen kann. Ganz besonders freue ich mich darüber, dass das **Wohnraumschutzgesetz** sich jetzt im parlamentarischen Verfahren befindet und in dieser Woche erstmalig beraten wurde. Mit dem Zustandekommen des Gesetzes werden Zustände von Wohnungen wie im Wollepark oder zuletzt in Düsternort hoffentlich bald der Vergangenheit angehören.

Neben dieser Bilanz haben wir turnusmäßig auch einen neuen Fraktionsvorstand gewählt. **Johanne Modder bleibt auch weiterhin Fraktionsvorsitzende**. Ich freue mich darüber. Johanne Modder und der gesamte Fraktionsvorstand können sich meiner Unterstützung sicher sein. Schwerpunktmäßig ging es in dieser Plenarwoche natürlich wieder um die Bekämpfung der

DENIZ DIREKT

Corona-Krise. Zu Beginn der Plenarsitzung hat Ministerpräsident Stephan Weil eine Regierungserklärung abgegeben und auf die aktuelle Lage und die neuen Regelungen seit dem 11. Mai hingewiesen. **Es ist genau richtig, dass Niedersachsen als erstes deutsches Bundesland einen umfassenden Stufenplan vorgelegt hat**, wie die weiteren Maßnahmen in den kommenden Wochen aussehen werden. Dabei wurde, wie ich finde, auf kluge Art und Weise der Gesundheitsschutz der Menschen auf der einen Seite und die Abfederung der wirtschaftlichen Folgen durch Lockerungsmaßnahmen auf der anderen Seite miteinander abgewogen. Ganz bestimmt ist der Stufenplan kein Allheilmittel, er kann nur Leitplanken zu einem neuen Alltag aufweisen. Am Ende kann eine negative Veränderung des Infektionsgeschehen immer auch dazu führen, dass einzelne Lockerungsmaßnahmen rückgängig gemacht werden müssen.

In dieser Krise ist es von besonderer Bedeutung, nicht nur Versprechungen zu machen und staatstragende Danksagungen zu verlautbaren: Wir Niedersachsen handeln ganz konkret! Aus den Mitteln des Jahresüberschusses des Jahres 2019 haben wir ein **Sondervermögen erstellt, welches dazu dienen soll, die wirtschaftlichen Auswirkungen des Corona-Virus abzumildern**. Dieses soll vor allem der Gewährleistung der Gesundheitsversorgung und der Stärkung des Gesundheitswesens dienen, die Wirtschaft und Landwirtschaft durch Förderprogramme zu stabilisieren und den Erhalt von Einrichtungen im Sozial-, Bildungs-, Sport- und Kulturwesen sowie im Umwelt- und Naturschutz sicherstellen.

In einem von mir und meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Arbeitskreis Verbraucher-

schutz erarbeiteten Antrag fordern wir sogenannte **private Wirtschaftsauskunfteien, wie bspw. die Schufa, dazu auf, ihr Verfahren zur Erhebung von Daten transparenter zu machen**. Die Bewertungsgrundlage der Score-Werte, nach dessen die Kreditwürdigkeit bewertet wird, muss nach unserer Einschätzung sowie aus Verbraucherschutzpolitischer Betrachtung nachvollziehbar sein. Die Aufnahme und Begleichung von Schulden darf den Score-Wert nicht negativ beeinträchtigen. Gleichzeitig ist für uns klar, dass weder Geschlecht, noch Ethnie, noch andere geospezifischen Faktoren eine Rolle im Kontext der Score-Berechnung spielen dürfen!

In der vergangenen Woche habe ich **einen offenen Brief an Spotify geschickt**. In diesem fordere ich den Streamingdienst dazu auf, sich von rechtsextremen musikalischen Inhalten zu distanzieren und zu löschen. Spotify und co. müssen sich ihrer Reichweite bewusst sein und dürfen Neonazis keine Plattform bieten. Der ganze Brief findet sich [hier](#).

Gemeinsam mit dem Jusos-Landesvorsitzenden Jakob Blankenburg und der „Politinfluencerin“ Lilly Blaudszun diskutiere ich morgen ab 18:00 Uhr bei der **Onlineveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung** Niedersachsen darüber wie man junge Menschen für Politik begeistern kann! Anmeldungen nimmt die Friedrich-Ebert-Stiftung unter diesem [Link](#) entgegen.

